

Schweiz

Tages-Anzeiger vom 17.05.2005

Bund setzt auf Gaskraftwerke

Die ältesten Atomkraftwerke der Schweiz müssen 2020 vom Netz genommen werden. Damit entsteht eine Versorgungslücke, die der Bund neuerdings mit Gaskraftwerken decken will.

Von Annetta Bundi, Bern

Als 1969 und 1972 die Atomkraftwerke von Beznau und Mühleberg in Betrieb genommen wurden, rechneten die Fachleute mit einer Laufzeit von 30 Jahren. Inzwischen ist allen klar, dass solche Anlagen länger als ursprünglich geplant am Netz behalten werden können. Doch ewig lassen sich diese Werke nicht betreiben, selbst wenn sie immer wieder nachgerüstet werden: Beznau und Mühleberg werden ihre Tore ums Jahr 2020 herum schliessen müssen.

Damit stellt sich für die Schweiz die Frage, ob die dort produzierte Energie mit Importen aus dem Ausland kompensiert werden soll - oder ob es andere, bessere Möglichkeiten gibt, um den Energiebedarf des Landes zu decken. Denkbar wäre etwa, den Bau von Gaskraftwerken zu forcieren, wie dies von Seiten des Bundes neuerdings vorgeschlagen wird. «Wir glauben, dass Gaskraftwerke die beste Lösung für unser Problem sind», sagte Walter Steinmann, Direktor des Bundesamtes für Energie, in einem Interview mit der «NZZ am Sonntag». Solche Anlagen seien schneller geplant, bewilligt und gebaut als Atomkraftwerke. Zudem lege man sich mit dieser Technologie nicht für Jahrzehnte fest, wie dies mit Atomkraftwerken der Fall wäre, führte Steinmann weiter aus.

Diese Aussagen dürfen allerdings nicht als definitive Absage an die Atomenergie verstanden werden. Zwar möchte der Bund den Energiebedarf der Schweiz künftig vor allem mit einer effizienteren Nutzung des Stroms, einem Zuwachs bei der Wasserkraft und der Sonnenenergie sowie mit geothermischen Anlagen decken. Steinmann schliesst aber nicht aus, auf die Atomkraft zurückzukommen, sobald die neuesten Reaktortypen kommerziell zur Verfügung stehen. Das dürfte ab 2030 der Fall sein.

Wirtschaft beharrt auf Atomstrom

Obschon der Bund den Bau von Gaskraftwerken bloss als Übergangslösung versteht, ist das Misstrauen der Branche gross. «Um die Stromlücke zu füllen, muss in erster Linie die nukleare Option weiterverfolgt werden», sagt Anton Bucher, der den Verband der Schweizerischen Elektrizitätsunternehmen leitet. Es sei voreilig, die Debatte auf die Gaskraftwerke zu fokussieren. Denn es wäre auch denkbar, so Bucher, mit Frankreich nuklear zu kooperieren - oder die Anlagen von Beznau und Mühleberg noch etwas länger als bis 2020 zu betreiben (siehe Interview).

Damit ist klar: Die Branche möchte für einen nahtlosen Ersatz der alten Atomkraftwerke sorgen. Den Bau von Gaskraftwerken lehnt sie zwar nicht rundweg ab, weil sie weiss, wie viel Zeit es braucht, bis eine neue Atomanlage erstellt ist. Vom nuklearen Weg möchte sie aber auf keinen Fall abkommen. Deshalb setzt sie nicht nur auf die allerneueste, erst ab 2030 einsetzbare Reaktorgeneration, sondern auch auf den früher verfügbaren Europäischen Druckwasserreaktor (EPR). In Finnland geht dieses Modell 2009 in Betrieb, ab 2020 soll es auch in Frankreich Strom liefern.

Bis vor kurzem hat man diesen Reaktortyp auch im Bundesamt für Energie in der «Favoritenrolle» gesehen, wie aus den Studien hervorgeht, die das Amt auf dem Internet publiziert hat. Da Frankreich auf dieses Modell setze, «würde sich für die Schweiz allenfalls die Chance bieten, an einem grösseren Programm teilzunehmen und von den Kostenvorteilen einer grösseren Serie zu profitieren», ist in den einschlägigen Unterlagen nachzulesen. Die Ausgaben für den Bau könnten so offenbar um 20 Prozent reduziert werden.

SP setzt auf erneuerbare Energien

Nach Ansicht des Zürcher SVP-Ständerates Hans Hofmann - er sitzt im Verwaltungsrat des Atomkraftwerks Leibstadt und präsidiert einen Verein zur Entsorgung radioaktiver Abfälle - ist es höchste Zeit, über das weitere Vorgehen zu debattieren. Die Variante Gaskraftwerke müsse vorurteilslos geprüft werden. Sie dürfe aber nicht gegen die nukleare Option ausgespielt werden. Schliesslich produzierten fossile Stoffe wie das Gas klimaschädigendes CO₂. Zudem würde die Schweiz damit vom Ausland abhängig. «Das lässt sich nur vermeiden», so Hofmann, «wenn man an der Kernkraft festhält.»

Doch dies kommt für die Linke nicht in Frage. Deren Vertreter wehren sich energisch gegen den Bau neuer nuklearer Anlagen. Dass der Bund nun (vorübergehend) auf Gaskraftwerke setzt, ist ihnen zwar lieber als die Atomenergie, vermag sie aber nicht restlos zu überzeugen. «In der Schweiz muss endlich die Produktion der erneuerbaren Energien forciert werden», fordert der Basler SP-Nationalrat Rudolf Rechsteiner. «Dann ist der Ausstieg aus der Atomenergie auch bei uns problemlos möglich.»